LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
18/1713

A41

Stellungnahme zur Anhörung von Sachverständigen – Enquetekommission II: Gesellschaftlicher Zusammenhalt (Warnung und Information der Bevölkerung) am 6. September 2024

Prof. Dr. Martin Voss, Krisen- und Katastrophenforschungsstelle (KFS), FU Berlin

Die an die Sachverständigen gerichteten Fragen gehen meines Erachtens an einem wesentlichen Punkt vorbei, den ich in dieser schriftlichen Stellungnahme hervorheben will.

Das Wissen darüber, welche Warnmitttel aktuell zur Verfügung stehen oder potentiell ergänzend genutzt werden könnten, wie Warnmeldungen qualitativ gestaltet werden können, welche Quantität angemessen ist, welche organisatorischen und technologischen Lösungsansätze in städtischen und ländlichen Gebieten eine bestmögliche Warnung der Bevölkerung ermöglichen, wie unterschiedliche Bevölkerungsgruppen so angesprochen werden können, dass sie die erforderlichen Verhaltensweisen rechtzeitig und korrekt umsetzen können, all dieses Wissen ist umfänglich und differenziert, z.B. auf verschiedene Gefahrenszenarien oder situative Kontexte oder soziale Milieus bezogen, vorhanden. Würde all das, was möglich ist, auch getan werden, wäre die Warnung der Bevölkerung verbessert. Es wird aber nicht getan, was möglich ist. Zu fragen ist daher, woran das liegt.

Angesichts einer sich gravierend verschärfenden und sich qualitativ radikal verändernden Bedrohungslage ist jedoch der Blick grundlegend zu verändern. Die Faktoren, die einen entscheidenden Einfluss auf die Effizienz von Warnkommunikation haben, liegen auf einer anderen Ebene. Es sind die *strukturellen* Probleme im Rahmen gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen zu identifizieren und zu adressieren, die einen effektiven, das heißt in erster Linie präventiv ausgerichteten Schutz der Bevölkerung blockieren.

Ich möchte meine These an einem Beispiel erörtern. Das in Deutschland einst funktionsfähige und weitgehend flächendeckende, nach 1989 zurückgebaute oder nicht weiter unterhaltene Sirenenwarnsystem ist bekanntlich bis heute nicht wieder hergestellt, obwohl der Bedarf seit vielen Jahren kaum mehr von jemandem in Frage gestellt wird. Dass sich Bund, Länder und Kommunen bei einer solchen, den Schutz der Bevölkerung betreffenden Aufgabe, deren Bedeutung allen Akteuren klar sein muss, nicht in kürzester Zeit auf die nachhaltige, alle Bedarfe abdeckende Finanzierung einigen können, schürt in der Wahrnehmung der Bevölkerung Zweifel an der Handlungsfähigkeit der Politik. Wenn der Wiederaufbau durch Bürokratie und langwierige Planungsverfahren über viele Jahre ausgebremst wird, dann unterminiert das das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Verwaltungen. Dass Warnsignale sich zwischen zwei Nachbarkommunen unterscheiden können, sofern denn neue Sirenen installiert sind, sendet ein Signal in die Bevölkerung, dass „die Politik“ selbst das nicht geordnet bekommt. Wenn es an Betrieben fehlt, die den Wiederaufbau technisch umsetzen können, stellt sich in der öffentlichen Wahrnehmung die Frage, wie es zu einem solchen Mangel kommt: brauchen wir keine Betriebe, die im Zweifel auch da wären, wenn mal kritische Infrastrukturen massiv und flächendeckend angegriffen werden, was jeden Moment passieren kann und wie ich fürchte in nicht zu weiter Ferne auch geschehen wird? Kümmert sich der Staat eigentlich hinreichend um den Schutz seiner Bevölkerung? All diese Fragen werfen Schatten auf die Stimmungslage. Der dumpfe Eindruck einer Gesellschaft, die ihren

eigenen Schutz nicht organisiert bekommt wird von Populisten dankbar aufgegriffen und verstärkt, der gesellschaftliche Zusammenhalt erodiert. All das beeinträchtigt das *Kommunikationsklima*, den Rahmen, innerhalb dessen informiert und schließlich auch gewarnt wird. Die Bereitschaft, einer Warnung unmittelbar Glauben zu schenken, nimmt schließlich ab und in der Konsequenz kommen mehr Menschen zu schaden – auch wenn die allerbesten Kommunikationsmittel vorhanden sind.

Was also tun? Cell Broadcast, ein Warntag, Übungen, all dies ist richtig. Gestorben sind Menschen 2021 im Ahrtal jedoch nicht in erster Linie, weil es an Kommunikationskanälen fehlte, sondern bspw., weil ein Staab strukturell unterbesetzt und schlecht vorbereitet war. Ich behaupte, dass keine einzige Kommune im Land über die Personale verfügt, derer es bräuchte, um die Bevölkerung bestmöglich zu schützen. Ich weiß aber von keiner einzigen Kommune, die ihren Bürgerinnen und Bürgern aktiv mitteilt, dass die Vorhaltungen nur für bestimmte und auch benannte Szenarien hinreichend sind und nicht nur abstrakt sagen, dass es Grenzen gibt, sondern auch, wo die Grenzen der Leistungsfähigkeit des Bevölkerungsschutzes liegen. Dass sie dies nicht oder allenfalls camoufliert kommunizieren, lässt sich soziologisch leicht herleiten. Appelle werden daran nichts ändern. Was aber sonst?

Ich bin der Ansicht, dass die hier zu gebende Antwort für viele andere Problemstellungen gilt, mit denen wir es heute in der hochgradig funktional ausdifferenzierten, offenen Gesellschaft zu tun haben: Bürokratien haben die Tendenz zur Überbürokratisierung. Verwaltungen neigen dazu, immer mehr verwalten zu wollen. Ein Unternehmen konzentriert sich auf seine Geschäfte und produziert dabei Kosten für andere. Politik ist für viele zum Beruf geworden, dessen Erfolg sich nicht primär daran bemisst, ob langfristige Probleme angegangen werden, sondern ob es Stimmen gibt bei der nächsten Wahl (und das erreicht man nicht (mehr) ausschließlich über lösungsorientiertes Handeln, sondern (auch) durch Symbolpolitik, was sukzessive zur Erosion des demokratischen Selbstverständnisses führt).

Wenn jeder seinen eigenen Nutzen maximiert, so ist das in der Konsequenz gut auch für das Kollektiv – dieser alte Gedanke hat sich in alle Bereiche der Gesellschaft eingeschrieben. Heute wissen wir längst, dass diese Annahme falsch ist, dass diese Haltung langfristig existenzgefährdend ist für das Kollektiv. Es braucht daher *strukturelle* Gegengewichte, die die Folgen des Handelns einzelner Akteure unabhängig und neutral evaluieren und auf den größeren gesellschaftlichen und ökologischen Zusammenhang beziehen und ausgleichend wirken können.

Für die Information und Warnung der Bevölkerung heißt dies konkret, dass es unabhängige und neutrale Einrichtungen bedarf, die den aktuellen Forschungs- und Wissensstand kennen, die wissen, welche Technologien vorhanden und eingesetzt sind, welche Infrastrukturen für die optimale Kommunikation erforderlich sind und mit welchem Kostenaufwand sie umgesetzt werden können. Es braucht Einrichtungen, in denen kompetente Leute Einblick haben in die Haushalte von Kommunen, Ländern und Bund, die wissen, welche Einsatzkräfte mit welcher Ausstattung wo einsetzbar sind, die die Ausbildungskonzepte kennen und wissen, wie sichergestellt werden kann, dass das notwendige Know-How stets aktuell gehalten wir, die wissen, mit welcher heterogen vulnerablen Bevölkerung man es vor Ort zu tun hat und welche spezifischen Kommunikationsbedarfe berücksichtigt werden müssen, die Gefährdungslagen beurteilen und darauf bezogen bewerten können, welche zusätzlichen Maßnahmen ad-hoc ergriffen werden müssen usw. usf. All dies müsste unter dem Dach eines gänzlich unabhängigen, neutral arbeitenden Kompetenzzentrums vorhanden sein. Die

Unabhängigkeit und Neutralität trüge zur Vertrauensbildung bei, ist Vertrauen doch bekanntlich die entscheidende Grundlage für jede Form der Kommunikation, insbesondere aber der Warnkommunikation. Eine solche Einrichtung, besetzt durch Wissenschaft und Zivilgesellschaft, als Dialogzentrum mit offenen Türen für interessierte Menschen aus der Bevölkerung könnte wie ein dauerhaft arbeitender Bürgerrat fortlaufend informieren, informieren zum einen über den aktuellen Zustand des Bevölkerungsschutzes, informieren aber auch darüber, welche Defizite gesehen werden, um einerseits die Politik zu beraten, um andererseits es aber auch unmittelbar der Bevölkerung anheim zu stellen, beim Urnengang darüber abzustimmen, ob ihr dieser Zustand genügt oder eben nicht.